



Was will Correa?

Der Wahlsieg des ecuadorianischen Staatspräsidenten ist bereits sicher – die Zielsetzung seines politischen Projekts und seines Bündnisses aber bleiben weiter unklar

Claudia Detsch, FES Ecuador/Quito

- Der Wahlsieg ist Ecuadors Präsidenten Rafael Correa bereits vor den Wahlen sicher. Dies erklärt sich aus seiner hohen Popularität und den sozialen Errungenschaften seiner Regierung ebenso wie aus dem desolaten Zustand der traditionellen Parteien und der damit einhergehenden Alternativlosigkeit.
- Auch nach zwei Jahren Regierung lässt sich das politische Projekt Correas nicht eindeutig bestimmen. Einerseits verortet die Regierung sich selbst links, gar sozialistisch; andererseits steht sie bei Gewerkschaften, Indigenen- und Umweltverbänden inzwischen im Ruf des Neoliberalismus.
- Die zentralen politischen Auseinandersetzungen werden sich nach den Wahlen vorrangig innerhalb des Regierungsbündnisses PAIS abspielen; hinter den Kulissen streiten einzelne Gruppen des heterogenen Interessensbündnisses bereits um den künftigen Kurs.

Am kommenden Sonntag sind knapp 10 Millionen Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer dazu aufgerufen, ihre politische Vertretung auf sämtlichen Ebenen im Amt zu bestätigen oder neu zu bestimmen. Dass Staatspräsident Correa mit einem komfortablen Abstand und bereits in der ersten Runde gewinnen wird, daran zweifelt kaum jemand in Ecuador. Die Ergebnisse seiner Bewegung PAIS aber bei der Wahl von BürgermeisterInnen,

StadträtInnen und ParlamentarierInnen dürften weniger eindeutig ausfallen. Hier liegt die eigentliche Spannung des Wahlabends – erreicht PAIS eine Mehrheit in der Asamblea oder nicht? Dahinter steht die Frage, ob Correa sein politisches Projekt von der Opposition größtenteils unbehelligt weitertreiben kann oder ob er sich mit einer oppositionellen Mehrheit in der Asamblea auseinanderzusetzen hat. Wie dies in der Praxis aussehen würde, das lässt sich derzeit nur schwer vorstellen; die Kompromissbereitschaft Correas ist nicht gerade gerühmt. Daher wird auch ein weiteres Abgleiten in den Autoritarismus befürchtet, sollte Correa keine eigene Mehrheit haben.

Opposition ohne politisches Projekt – und ohne Perspektive?

Oppositionelle Stimmen werfen dem Präsidenten vor, er habe mutwillig und gefährlich die Parteien, das gesamte Parteiensystem zerstört. Diese Anklage aber lässt außer Acht, dass die traditionellen Parteien diese Entwicklung selbst zu verantworten haben. Correa ist hier mehr Ergebnis als Auslöser der Repräsentations- und Legitimationskrise des gesamten politischen Systems. Und diese reicht tief. Nahezu alle politischen und sozialen Akteure außerhalb des Bündnisses PAIS befinden sich in einer Krise. Auch die vorherigen Präsidenten Bucaram und Gutierrez waren bereits Ausdruck des Protestes gegen das politische System, seine Institutionen und vor allem sein Establishment. Diese beiden allerdings suchten im Gegensatz zu Correa noch den Ausgleich mit den traditionellen Parteien. Correa dagegen hat die Diffamierung der Parteien zum Regierungsprogramm erhoben – und damit den Nerv seiner Landsleute getroffen. Der verbreitete Wunsch nach einer Reform des politischen Systems und der politischen Kultur konnte durch die politischen Parteien nicht befriedigt werden. Hier kamen PAIS und Correa ins Spiel. Sie haben es sehr wohl verstanden, die Unzufriedenheit zu kanalisieren und ihr Ausdruck zu verleihen. Dabei hat Correa die Überbleibsel der politischen Strukturen bei Bedarf absorbiert. So ließen Vertreter traditioneller Parteien sich insbesondere auf lokaler Ebene durch PAIS adaptieren. Die durch Correa als *partidocracia* diffamierte Parteienlandschaft ist so heute eklatant geschwächt. Die traditionellen politischen Parteien verfügen ebenso wenig wie die zahlreichen neu entstandenen politischen Bündnisse über einen aktualisierten Diskurs oder kohärente Regierungsstrategien.

So gelten als stärkste Argumente für eine Amtsbestätigung Correas bezeichnenderweise die Opposition – die auch während des Wahlkampfes täglich eklatant den Mangel an Alternativen aufzeigt – sowie der

Wunsch nach Stabilität. Insbesondere angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Krise möchte die Bevölkerung nicht noch zwei Monate des Wahlkampfes hinnehmen. Correa gewinnt ja ohnehin, wozu also das alles noch zwei Monate länger bis zu einer Stichwahl ausdehnen, wenn es doch ohnehin keine wirkliche Alternative gibt, so der verbreitete Tenor.

Darüber, ob die Regierung Correa tatsächlich ein kongruentes Politprojekt verfolgt, lässt sich streiten. Bei der Opposition ist dies anders. Ihr einhelliges – und offenkundig einziges – Projekt ist die Abneigung, um nicht zu sagen der Hass auf Correa. Ansonsten versprechen sie von allem reichlich. Das kennen die Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer bereits zur Genüge. Und zurück zu Altbekanntem, zu den Akteuren und Verhältnissen der Zeit vor Correa möchten sie keinesfalls.

Kurios – und aus demokratietheoretischen Gesichtspunkten durchaus auch besorgniserregend – mutet es an, dass sich die antretenden Bündnisse nahezu ausnahmslos als unmittelbarer und ungefilterter Ausdruck des Volkswillens verstehen. Mit einer politischen Partei will man keinesfalls verwechselt werden. Dies trifft sowohl auf die neuen Bewegungen als auch auf zahlreiche Vertreter der traditionellen Parteien zu. Hier spiegelt sich der desaströse Ruf wider, den die Parteienlandschaft in Ecuador innehat. Die Regierung und PAIS fürchten kaum eine dieser oppositionellen Bewegungen wirklich.

Zwar gibt es durchaus starke politische Vertretungen – wie so häufig in der Geschichte Ecuadors allerdings konzentriert auf die lokale Ebene. Hier ist zunächst Guayaquil's Bürgermeister Jaime Nebot zu nennen, der große Beliebtheit genießt und dessen Wiederwahl ebenfalls bereits gesichert scheint. Er gilt als schärfster Widersacher Correas. Von diesem wird er als gleichwertiger politischer Gegner anerkannt – das können nicht viele von sich behaupten.

In der Asamblea dürfte Correa eine starke Konkurrenz aus dem sog. Movimiento Municipalista erwachsen. Hier haben sich lokale Amtsträger des ganzen Landes völlig unabhängig von politischen Ausrichtungen zusammengeschlossen, um für ihre Städte und Gemeinden anzutreten. Da es sich aber unzweifelhaft um eine recht opportunistische Vereinigung bar jeder ideologischen Orientierung handelt, rechnet sich PAIS zumindest partielle Kooperationsbereitschaft der Municipalistas in der Asamblea aus. Als weitere ernstzunehmende Gegner in der Asamblea fürchtet das Regierungsbündnis lediglich Pachakutik und die Partido Sociedad Patriótica. Pachakutik verfügt durch seine Nähe zur mobilisierungsstarken Indigenenbewegung über ein gewisses Destabilisierungspotential; Sociedad Patriótica zeichnet sich im Verhältnis zu den übrigen Parteien und Bewegungen durch eine straffe Organisation aus, die ihnen nach den Wahlen eine starke Position innerhalb der Opposition garantieren dürfte.

Der Zustand der übrigen traditionellen Parteien stellt sich recht traurig dar - ID, PSC, PRE und UDC haben einen geradezu spektakulären Niedergang erlebt. Die alten Führungsfiguren dieser Parteien gelten vielen Kritikern als die eigentlichen Totengräber derselben. Sie weigerten sich, Reformprozesse zuzulassen und Jüngeren das Ruder zu übergeben. Die Repräsentationskrise dieser politischen Parteien hat das Phänomen Correa erst ermöglicht. Zu dieser Einsicht aber fehlt der politischen Führung nahezu durchgehend das Reflektionsvermögen und die Stärke, Fehler einzugestehen. Trotz ihres desolaten Zustands sind sie weit davon entfernt, Lehren aus ihrer Situation zu ziehen und sich den durch Parteienverdruss und Correa erwachsenen Herausforderungen zu stellen.

Die Zivilgesellschaft – umarmt oder unterworfen?

Auch die Zivilgesellschaft fällt derzeit als unabhängiger und starker politischer Akteur weitgehend aus. Tatsächlich sehen sich viele soziale Bewegungen derzeit eher einer Marginalisierung gegenüber. Dies erstaunt auf den ersten Blick, wird die Regierung Correa doch traditionell mit zentralen Positionen der Zivilgesellschaft identifiziert. Zahlreiche VertreterInnen der sozialen Bewegungen finden sich entsprechend heute in den Reihen von PAIS wieder. De facto aber changieren die Beziehungen zwischen der Regierung Correa und den sozialen Bewegungen zwischen Umarmung und Umklammerung. Die Regierung betont zwar immer wieder die Bedeutung der Zivilgesellschaft, die eine stärkere Position als je zuvor in der Geschichte des Landes einnehme. Dies aber gilt nur, solange die zivilgesellschaftlichen Gruppen inhaltlich mit der Regierung übereinstimmen und dies auch nach außen vertreten. Wird aber Kritik an einzelnen Maßnahmen der Regierung oder gar an der gesamten gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Ausrichtung geäußert, so hat die Freundschaft schnell ein Ende. Entsprechend sind inzwischen zahlreiche Vertreter der Zivilgesellschaft auf die schwarze Liste der Regierung geraten, allen voran Indigene- und Umweltverbände. Diese wiederum sind enttäuscht vom Entwicklungsmodell der Regierung, die insbesondere dem Bergbau eine Schlüsselfunktion in der wirtschaftlichen und – darauf aufbauend – sozialen Entwicklung des Landes zuschreibt. Über die Einnahmen aus der Exploration natürlicher Ressourcen sollen die nötigen Mittel für Bildung, Gesundheit, Wohnungsbau generiert werden. Das hatten sich Indigene- und Umweltverbände zu Beginn der Regierung Correa anders vorgestellt.

Tatsächlich hat die Regierung bislang nicht wirklich Räume zur Anbindung oder Artikulation mit den sozialen Bewegungen geschaffen. Einige in den Reihen von PAIS würden dies gerne nachholen. Der Präsident allerdings scheint diesem Ziel derzeit nicht anzuhängen. Er glaubt an eine direkte Verbindung zwischen sich und der Bevölkerung – sowohl der Korporatismus als auch die sozialen Bewegungen gelten ihm daher als unnötig. Der Staat wird als Motor des Wandels angesehen, da weder die Zivilgesellschaft noch die sozialen Bewegungen als dazu fähig erachtet werden. Die Partizipation muss in dieser Lesart vom Staat ausgehen. Zum direkten Gespräch mit der Bevölkerung bedarf es keiner Allianzen.

So wird Correa auch persönlich kein Interesse an einer neuen gesellschaftlichen Kraft nachgesagt, die durch ihre Verankerung in der Verfassung 2008 auch im Ausland viel Aufmerksamkeit hervorgerufen hat: die Fünfte Gewalt im Staate - der Rat der Bürgerbeteiligung. Diese neue Institution galt als Beweis der engen Verbindung zwischen Regierung Correa und der Zivilgesellschaft, wurde hier doch vermeintlich letzterer eine zentrale Rolle im Gefüge des Staates zugewiesen. Auch hier machten sich jüngst erste Zweifel breit. Kritische Stimmen sehen den Rat sogar als Versuch der Regierung, unabhängige und freie Willensäußerung der Zivilgesellschaft zu unterbinden. Tatsächlich lässt sich zur Entwicklung dieses Organs derzeit noch wenig sagen. Es ist unklar, wie weitreichend seine Autonomie ausfallen wird. Ohne starke und unabhängige soziale Bewegungen und oppositionelle politische Parteien aber dürfte die Fünfte Gewalt tatsächlich nur zu leicht ins Fahrwasser der Regierung geraten. Dies aber nur der Regierung selbst anzulasten, heißt die Tatsachen im Land zu verkennen.

Am ehesten dürfte es noch der indigenen Bewegung gelingen, die Phase der Schwäche bald zu überwinden. Denn noch immer stellt sie mit ihrem Dachverband CONAIE die

stärkste Bewegung des Landes. Und von der Regierung wird sie durchaus als potentielle Bedrohung gesehen. Dies gilt angesichts ihres Protestes gegen die Exploration der Öl- und Bergbauvorkommen und vor dem Hintergrund ihres traditionell großen Mobilisierungspotentials. Ähnliche Stärke wird seitens der Regierung nur noch den Umweltbewegungen zugeschrieben.

Was will Correa?

Auch nach zwei Jahren lässt sich das Projekt der Regierung Correa nicht eindeutig verorten. Bislang gleicht seine Bürgerrevolution noch mehr einem Slogan als einem wirklichen gesellschaftspolitischen Projekt. Erklärtermaßen will Correa das neoliberale Modell demontieren, die „Schatten der langen neoliberalen Nacht“ tilgen. Und tatsächlich sollte zumindest an seiner sozialen Überzeugung wenig Zweifel bestehen. Armutsbekämpfung und eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens gelten als zentrale Ziele der Regierung. Erreicht werden soll dies durch eine starke Rolle des Staates bei der Planung und Regulierung der Volkswirtschaft. Das trifft den Zeitgeist, schreckt aber gleichzeitig potentielle Investoren ab. Das Leitmotiv der nationalen Souveränität zieht sich durch alle Projekte. Der Staat müsse, so die Überzeugung der Regierung, immer in der Lage sein, unabhängig von anderen Staaten und Akteuren Entscheidungen zu treffen.

Nach zwei Jahren kann die Regierung Correa durchaus Erfolge in ihren zentralen Anliegen vorweisen. Die extreme Armut wurde reduziert, die Löhne erhöht. Aus diesen Entwicklungen erklärt sich die hohe Zustimmung zu Präsident Correa. Der angekündigte strukturelle Wechsel allerdings steht trotz aller Ausgabensteigerungen im Sozialbereich noch aus. Dies wird derzeit angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise überdeutlich. Zudem verhalten sich die einzelnen Maßnahmen nicht immer kongruent zueinander. Einerseits verortet die Regierung

sich selbst links, gar sozialistisch, andererseits steht sie inzwischen durch einige Maßnahmen im Wirtschaftsbereich gar im Ruf des Neoliberalismus. Eine ideologische Verortung der Regierung Correa fällt daher noch immer schwer. Ob sie tatsächlich ein neues, nachhaltiges und sozial gerechtes Wirtschafts- und Sozialmodell gegen bestehende Widerstände verankern kann und will, wird erst die Zukunft zeigen.

Im außenpolitischen Bereich fällt die Positionsbestimmung der Regierung Correa leichter. Die Gesinnungspartner finden sich bei den nach eigener Lesart ebenfalls dem „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zugehörigen Regierungen Venezuelas, Boliviens und Nicaraguas. Zentrale Themen der Einbindung auf lateinamerikanischem Niveau sind aus ecuadorianischer Sicht Energieintegration, Infrastruktur sowie Sozialpolitiken. Die Außenpolitik steht bislang zur Gänze im Zeichen innenpolitischer – wahltaktischer – Interessen. Die Regierung zeigt sich nicht bereit, Bedingungen zu akzeptieren. Diese als souveräne und dem nationalen Interesse verpflichtete Haltung kommt beim Wahlvolk sehr gut an. Mittel- und langfristig aber dürften der Regierung daraus noch erhebliche Risiken auf dem Feld der internationalen Beziehungen erwachsen.

Und was will PAIS?

Ebenso wie das gesamte politische Projekt der Regierung Correa mitsamt dem diffusen Rückgriff auf den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ bislang überaus unklar bleibt, so schwer durchschaubar ist auch das Regierungsbündnis PAIS. Nur wenig lässt sich bislang klar sagen – es handelt sich um eine Bewegung, keine Partei, mit einer zentralen und starken Führungsfigur in der Person Correas. Hier hören die Gewissheiten auch schon wieder auf. Die sich zusammenfindenden Personen entstammen überaus unterschiedlichen Parteien, Bewegungen und sozialen Gruppen. Entsprechend verfolgen sie sehr unterschiedliche Ziele. So funktio-

niert PAIS bislang nur als um den Präsidenten herum gruppiertes Interessenbündnis. Die Stärke des Präsidenten als zentrale Figur überdeckt weitgehend die inhaltliche und programmatische Heterogenität innerhalb des Regierungslagers. Hinter den Kulissen aber streiten einzelne Fraktionen um den künftigen Kurs, um das Entwicklungsmodell der Zukunft. Die ideologische Bandbreite reicht dabei von Mitte-Rechts bis weit nach Links.

Ausgerechnet das bislang ambitionierteste Projekt von PAIS – die im Januar abgehaltenen internen Vorwahlen – brachte zuletzt eine deutliche Verschiebung der Machtpositionen. Erstmals sollten auf diesem Wege demokratisch und transparent unter Beteiligung der gesamten Wahlbevölkerung die späteren Kandidatinnen und Kandidaten einer Liste bestimmt werden. So weit die Theorie. In der Praxis verlief das demokratische Projekt weitaus schwieriger. Einige ausgewählte – der Regierung besonders wichtige – Personen mussten in den Vorwahlen nicht antreten, zudem wurden Ungleichbehandlungen der verschiedenen KandidatInnen offenkundig. Wer später gegen den Ablauf der Wahlen öffentlich protestierte, wurde aus dem Bündnis als Verräter an der Sache rigoros ausgeschlossen. Gerade die beiden bis dato einflussreichsten der vier bis fünf verschiedenen Strömungen – angeführt von Gustavo Larrea bzw. Ricardo Patiño – gelten heute durch den Ausgang der Vorwahlen (und den Skandal um Verbindungen zur FARC) als deutlich geschwächt. Anders die dem Präsidenten nahe stehende Gruppe politischer Pragmatiker. Sie konnten ihren Einfluss ausbauen und zahlreiche Reformvorhaben in ihrem Sinne beeinflussen. Kritischen Stimmen aus dem Lager der Indigenen- und Umweltverbände sowie den Gewerkschaften gilt diese Gruppe gar als dem Neoliberalismus zugetan.

Die Konfliktlinien innerhalb des Regierungsbündnisses ziehen sich durch zahlreiche

konkrete Politikbereiche. Zu nennen sind hier Auseinandersetzungen zum richtigen Umgang mit den Streitkräften, zum adäquaten Agrarmodell, zu den institutionellen Reformen, den zu fördernden Produktionszweigen, den Sicherheits- und Außenbeziehungen insbesondere zu Kolumbien – und nicht zuletzt zur Weiterentwicklung von PAIS selbst. Bislang ist es im Zweifelsfall der Präsident, der die entsprechenden Entscheidungen trifft und Maßnahmen anordnet. Nach den Wahlen und damit dem Ende des Dauerwahlkampfes aber könnte sich dies ändern; einmal in die Asamblea oder in lokale Ämter gewählt, dürfte so manchem der Wunsch nach größerer Unabhängigkeit erwachsen. Zudem müssen die Bedürfnisse der eigenen Klientel befriedigt werden – in Zeiten der wirtschaftlichen Krise kein einfaches Unterfangen. Die zentralen politischen Auseinandersetzungen der nahen Zukunft werden sich daher vermutlich vorrangig innerhalb von PAIS abspielen. So wird dem Bürgermeisterkandidaten für Quito, Augusto Barrera, im Falle eines Wahlsieges allenthalben großer politischer Einfluss innerhalb der Regierung und das Potential zu einem Gegengewicht zum Präsidenten zugesprochen.

Es ist eine der spannendsten Fragen für die Zeit nach der Wahl, wie sich PAIS intern weiterentwickelt. Wird die Bewegung nach einem neuerlichen Wahlsieg Correas die Konsolidierung als politische Organisation anstreben, auch die bislang ausbleibende inhaltliche Richtungsdebatte nachholen? Sollte dies ausbleiben, wird PAIS sich zweifelsohne noch stärker zu einer reinen Caudillo-Basis entwickeln. Viele Stimmen aus dem Inneren des Bündnisses verlangen daher selbst nach einer politischen und ideologischen Struktur. Die entscheidende Frage aber ist, ob dies auch der Präsident möchte. Es ist unklar, ob Correa Interesse an einer strukturellen Aufstellung seines Bündnisses hat – das derzeitige lose Gefüge ausgesprochen disperser Gruppen sichert ihm

bislang durchaus seine unangefochtene Machtposition. Eine organisatorische und inhaltliche Weiterentwicklung ohne aktives Zutun oder gar gegen den Willen der einzig zentralen Figur aber scheint derzeit undenkbar.

Sollte das Bündnis tatsächlich den Weg der inhaltlichen und organisatorischen Renovation einschlagen, so könnte PAIS sich zu einer politischen, demokratischen und partizipativen Organisation mit klarer ideologischer Ausrichtung formen. Das bisherige Fehlen eines solchen Prozesses wird damit begründet, dass die Konsolidierung der Regierung vorrangig war. Sollte nun nach über zwei Jahren der Dauerwahlkampf enden, wäre es an der Zeit, die Konsolidierung auch der Bewegung voranzutreiben – vielleicht sogar hin zu einer politischen Partei. Allerdings ist es bis auf Weiteres nicht denkbar, das Unwort „Partei“ im Zusammenhang mit PAIS offen auszusprechen. Immerhin beruht das gesamte Projekt Correas auf dem Bruch mit dem bestehenden politischen System und der tiefen Ablehnung der traditionellen Parteienlandschaft.

Die Krise als Fallstrick der Regierung Correa?

Selbst in einer so polarisierten Gesellschaft wie der ecuadorianischen gibt es Punkte, über die auf breiter Front Einigkeit herrscht. So auch in der Frage nach der größten Gefahr für die nächste Regierung Correa, ja – nach vielleicht sogar der einzigen Gefahr. Der wahre Gegner, die wirkliche Herausforderung steht der Regierung in Gestalt der Wirtschafts- und Finanzkrise und den zweifelsohne sich in der Folge verschärfenden sozialen Konflikten gegenüber. Die politische Opposition fürchtet die Regierung kaum; die destabilisierende Macht der Straße durchaus. Angesichts der Krise werden bereits allenthalben schwere soziale Konflikte vorhergesehen. Dem dollarisierten und daher geldpolitisch machtlosen Ecuador setzt sie bereits stark zu. Es fehlen die Ein-

nahmen aus dem Erdöllexport und den Überweisungen der im Ausland lebenden Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer. Vor den Wahlen scheute die Regierung drastische Sparmaßnahmen, um das Wahlvolk nicht zu vergraulen. Diese Zurückhaltung dürfte nach dem erfolgreich überstandenen Urnengang wohl ein rasches und zweifelsohne schmerzhaftes Ende finden. So werden in nächster Zeit weniger Mittel für die zentralen Anliegen der Regierung wie Erziehung und Gesundheit zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosigkeit dürfte steigen, ebenso die Inflation. Wenngleich die Regierung bemüht ist, die zentralen Sozialprogramme beizubehalten, so wird sie unpopuläre Maßnahmen wie eine Kürzung des Wohnungsbauprogramms nicht vermeiden können. Als letztes Mittel gilt der – zumindest teilweise - Ausstieg aus dem Dollar und die Einführung einer eigenen Währung oder eines Parallelsystems. Dies allerdings dürfte die Regierung politisch nicht überleben, zu deutlich stehen die Erinnerungen an die Hyperinflation dem Volke noch vor Augen. Eines scheint sicher: Auch die kommenden, durch die Krise geschürten Proteste gegen die Regierung werden sich auf der Straße abspielen, entstehend aus dem Unmut der benachteiligten Schichten und der sozialen Bewegungen. Die politische Opposition wird versuchen, im Fahrwasser dieser Proteste zu schwimmen – Antworten oder gar Alternativen aber hat sie nicht zu bieten. Unter Umständen kann die Krise zu einem Erwachen und Erstarken der sozialen Bewegungen führen. Auch ist es denkbar, dass aus den Auseinandersetzungen neue soziale Akteure hervorgehen, die den Protest gegen die Regierung anführen. Sollten die wirtschaftlichen Rahmendaten aber ein Ausufern der Krise verhindern, so ist die längerfristige Konsolidierung des Regierungsprojektes denkbar.

Kontakt in Deutschland:

Judith Illerhues
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ / Lateinamerika und Karibik
Hiroshimastr.17
10785 Berlin
Tel.: 030/26935-7472
E-Mail: Judith.Illerhues@fes.de